

Der Markt ist heiß umkämpft

Wer in Berlin oder im Brandenburg-Umland, im sogenannten Speckgürtel, eine Wohnung sucht, braucht viel Geduld – oder Geld. Bezahlbarer Wohnraum wird hier zunehmend zur Mangelware: Bis zu 12,89 Euro kostet der Quadratmeter Wohnraum laut Mietspiegel 2019 in Berlin. In Potsdam sind es mit bis zu elf Euro nicht viel weniger, auch in Brandenburg/Havel und in Strausberg sind schon bis zu 10,50 beziehungsweise 9,70 Euro für den Quadratmeter zu zahlen.

„Da Wohnraum nicht beliebig vermehrbar ist, ist es gut als Spekulationsobjekt geeignet. Wenn ein Mangel entsteht, explodieren die Preise“, sagt Kalle Kunkel. Er ist Sprecher der Initiative „Deutsche Wohnen und Co. enteignen“, die große Immobilienkonzerne, denen in Berlin mindestens 3000 Wohnungen gehören, „vergesellschaften“ will. Dazu gehören unter anderem „Deutsche Wohnen“ und „Vonovia“, die, so der Vorwurf der Kritiker, die Mietpreise in die Höhe treiben. Seit dem 26. Februar sammelt das Bündnis Unterschriften für einen Volksentscheid über die Enteignung.

Investitionen und Leerstand

Die Initiative beruft sich auf Artikel 15 des Grundgesetzes, laut dem „Grund und Boden zum Zwecke der Vergesellschaftung in Gemeineigentum überführt werden“ kann. „Das ist ein wichtiger Schritt in der Debatte um Wohnungspolitik“, sagt Holger Zschowe vom Potsdamer Aktionsbündnis „Stadt für alle“, das auch in Brandenburg die Marktdominanz der privaten Wohnungsunternehmen brechen will. Auf dem ehemaligen Kasernengelände Krampnitz in Potsdam baut „Deutsche Wohnen“ zurzeit 1.800 neue Wohnungen.

Ganz auf Brandenburg übertragen lasse sich die Berliner Entengrundungsdebatte nicht, sagt Rainer Radloff, Vorsitzender des Landesverbands des Deutschen Mieterbundes in Brandenburg. Dafür seien die Gemeinden im Flächenland viel zu unterschiedlich entwickelt. Während im Speckgürtel investiert wird und die Mieten steigen, stehen in berlinfernen Re-

Der Markt ist heiß umkämpft

Immobilien Eine Initiative in Berlin will Unternehmen wie „Deutsche Wohnen“ enteignen. In Brandenburg ist mancher nicht zuletzt angesichts steigender Mieten von der Idee angetan. Es gibt aber auch deutliche Kritik. *Von Louisa Theresa Braun*

auch deutliche Kritik. *Von Louisa Theresa Braun*



Eine Aktivistin des Bündnisses „Deutsche Wohnen und Co. enteignen“ wirbt für ihr Anliegen. Sie stößt damit nicht nur auf Gegenliebe.
Foto: Christoph Söder/dpa

Ein Bündnis
in Potsdam
plant eine
Volksinitiative für
einen Mietendeckel.

Wahlkrimi bei der Berliner AfD

Parteitag Überraschungskandidatin Kristin Brinker gewinnt knapp gegen Beatrix von Storch. Doch die Partei ist tief gespalten.

Paaren/Berlin. Die Berliner AfD wird jetzt von Kristin Brinker geführt. Auf einem Parteitag in Paaren im Glien im Havelland setzte sich die 49-jährige Finanzexpertin der Abgeordnetenhausfraktion am Sonnabend denkbar knapp und erst im vierten Wahlgang gegen die Bundestagsabgeordnete Beatrix von Storch durch.

Nachdem es in drei Wahlgängen ein Patt gab und keine Kandidatin die nötige Mehrheit hatte, stimmten beim vierten Anlauf 122 Delegierte für Brinker und 120 für von Storch. Ein Delegierter lehnte beide Kandidatinnen ab, zwei enthielten sich. Das Votum entspricht einer Zustimmung von 50,2 Prozent für Brinker. Hätte sie nur eine Stimme weniger bekommen, hätte es nicht gereicht.

Zuvor hatten die Delegierten mit knapper Mehrheit eine Dop-

pelspitze abgelehnt und für einen Vorsitzenden oder eine Vorsitzende votiert. Von Storch und dem Fraktionschef im Berliner Abgeordnetenhaus, Georg Pazderski, wollten eine Doppelspitze. Pazderski trat daraufhin gar nicht erst zur Wahl an. Er hatte den AfD-Landesverband 2016 bis 2017 gemeinsam mit von Storch und anschließend bis Januar 2020 als alleiniger Landeschef geleitet.

Seither hatte die Berliner AfD keinen regulär gewählten Vorstand und wurde kommissarisch von dem Europaabgeordneten Nicolaus Fest geführt. Mehrfach musste sie geplante Parteitage absagen, weil sie keine Räumlichkeiten fand. Schließlich wickelte sie ins Umland aus.

In der Berliner AfD sind verschiedene Strömungen von konservativ bis stramm rechts vertre-

ten in gemeinnützige Unternehmen umzuwandeln, die langfristig preisgebundene Wohnungen anbieten müssen.

„Deutsche Wohnen und Co. enteignen“ hat ein anderes Ziel. Durch Vergesellschaftung sollten die Wohnungen der privaten Immobilienunternehmen in Berlin in eine Anstalt öffentlichen Rechts überführt werden, in der Vertreterinnen und Vertreter der Mieteinschaft, der Stadt, der Beschäftigten und des Senats demokratisch über Mietpreise und Belegung bestimmen. Lars Eichert wendet ein, dass die Wohnungsunternehmen dafür mit hohen Summen entschädigt werden müssten. Die Stadt Berlin schätzt, dass das zwischen 28,8 und 36 Milliarden Euro kosten würde.

Die Initiative zur Enteignung geht hingegen von lediglich 7,3 bis 13,7 Milliarden Euro aus. „Unsere zentrale Prämisse ist, dass nicht die Spekulationsmarktpreise gezahlt würden. Und dann wäre die Vergesellschaftung über Kredite finanzierbar, die langfristig über die Mieten zurückgezahlt werden“, sagt Kalle Kunkel. Dadurch wird jedoch kein neuer Wohnraum geschaffen, stellt Eichert klar. „Die Lösung wäre, mehr und günstiger zu bauen.“

Mietpreisbremse umstritten

Das allein reicht nicht, sagt Rainer Radloff. „Es sind auch Begrenzungen der Mietpreisentwicklung notwendig. Man muss den Investoren Fesseln aufzeigen, denn der Markt regelt das nicht von allein.“ Er kritisiert, dass in diesem Jahr von bislang 31 Kommunen in Brandenburg nur noch für 19 Mietpreisbremse und Kappungsgrenze gilt. Weggefallen sind unter anderem Speckgürtel-Gemeinden wie Bernau und Erkner, weil dort laut Infrastrukturministerium keine angespannte Wohnungsmarktsituation festzustellen sei. Die Tesla-Ansiedlung, aufgrund der mit weiterem Zuzug zu rechnen ist, wurde dabei jedoch nicht berücksichtigt.

Wo die Mietpreisbremse gilt, zum Beispiel in Potsdam, Schöneiche und Falkensee, dürfen Mieten bei einer Neuvermietung nur noch maximal zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete

liegen. Die Kappungsgrenze gilt für laufende Mietverträge und deckt Mieterhöhungen auf 15 Prozent in drei Jahren. „Das bringt gar nichts, weil die Mietentwicklungen ohnehin hinter dem Gesetz zurückbleiben“, sagt Lars Eichert.

Da Neubauten ausgenommen sind und für möblierte Wohnungen Aufschläge erlaubt sind, hält Holger Zschoge die Mietpreisbremse für einen „Tropfen auf den heißen Stein“. Tatsächlich bilanziert ein Gutachten im Auftrag des Infrastrukturministeriums, es sei „nicht anzunehmen, dass die Mietpreisbremse in Brandenburg mietpreisdämpfende Wirkung entfaltet hat“, und für die Kappungsgrenze gelte das „nur in Ausnahmefällen“.

Das Potsdamer Bündnis „Stadt für alle“ plant deswegen eine Volksinitiative für einen Mietendeckel, wie er in Berlin gilt. Durch dieses Instrument sind die Mieten in Berlin laut einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) um sieben bis elf Prozent gesunken. Im Umland, zum Beispiel in Potsdam, sind sie gleichzeitig um bis zu zwölf Prozent gestiegen. Außerdem habe sich das Angebot an freien Wohnungen in der Hauptstadt halbiert, „weil Mieter sich für dasselbe Geld mehr Wohnraum leisten können“, sagt Lars Eichert. Weil Eigentümer ihre Wohnungen nun lieber verkaufen oder gar leer stehen lassen, sagt Kalle Kunkel. „Dabei ist das illegal, es gibt ein Zweckentfremdungsgesetz.“

Ob der Mietendeckel legal ist, ist allerdings auch noch nicht sicher. Fraktionen mehrerer Parlamente haben gegen das Gesetz geklagt, weil eigentlich nur der Bund ein solches verabschieden dürfe. Bis Mitte 2021 will das Bundesverfassungsgericht über die rechtliche Zulässigkeit des Mietendeckels entscheiden. Bis dahin dürfte auch klar sein, ob „Deutsche Wohnen und Co. enteignen“ die notwendigen 175.000 Unterschriften innerhalb von vier Monaten gesammelt hat, damit es zusammen mit den Wahlen am 26. September einem Volksentscheid über die Enteignung gibt. Schon jetzt ist Kalle Kunkel sicher, dass die Initiative das schaffen wird.

Linke startet Wahlkampf

Bundestag Petra Pau mit großer Zustimmung zur Spitzenkandidatin gekürt.

Berlin. Die Berliner Linke zieht erneut mit Petra Pau als Spitzenkandidatin in den Bundestagswahlkampf. Die 57-jährige Bundestags-Vizepräsidentin wurde am Sonnabend auf einer Vertreterversammlung in Neukölln auf Platz 1 der Landesliste gewählt. Sie erhielt 125 Ja-Stimmen bei 10 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen. Das entspricht einer Zustimmung von 89,3 Prozent. Pau war bereits 2017 Spitzenkandidatin ihrer Partei, die Delegierten hatten sie damals mit 83,9 Prozent der Stimmen gewählt.

Die Linke-Politikerin ist seit 1998 Mitglied des Bundestags und seit 2006 Vizepräsidentin. Ihren Wahlkreis Marzahn-Hellersdorf hat sie seit 2002 fünf Mal in Folge direkt gewonnen. *dpa*

Dienstleistungen

Metallzäune aus Polen




METALLBAU

www.mc-zaun.pl

Tel. 0151 521 821 02
Tel. 0171 33 221 68 oder 0048 663 101 048

Aufmaß und Beratung gratis

Testamente für die Natur.

► Machen Sie ein Testament für die Natur. Wir schicken Ihnen gerne den kostenlosen Testament-Ratgeber.



WWF Deutschland
Tel.: 0 69 / 7 91 44 - 176
Informationen unter:
www.wwf.de

GESCHENKTIPP ZU OSTERN
T 0335 665995-57 • moz.de/abo

AB INS NEST

LOKAL-
verschenken
ZEITUNG

4 WOCHEN
FÜR NUR 19€



Unser **EIER**
Danke-**EIER**
schön **UHR**

Zahl der Corona-Infektionen in Brandenburg					Stand: 14.3.2021 – Quelle: Gesundheitsministerium des Landes				
Landkreis/ kreisfreie Stadt	Bestätigte Fälle	Veränderung zum Freitag	verstorbene Patienten	*7-Tage- Inzidenz	Landkreis/ kreisfreie Stadt	Bestätigte Fälle	Veränderung zum Freitag	verstorbene Patienten	*7-Tage- Inzidenz
Barnim	4438	+53	180 (+3)	54,0	Oder-Spree	5786	+39	253	86,1
Brandenburg a. d. Havel	1632	+18	72	55,4	Ostprignitz-Ruppin	3249	+26	126	61,7
Cottbus	4471	+33	168 (+1)	93,3	Potsdam	5198	+42	224	61,0
Dahme-Spreewald	5346	+26	212 (+1)	63,2	Potsdam-Mittelmark	5954	+29	172 (+1)	61,9
Elbe-Elster	5227	+62	186 (+1)	170,9	Prignitz	2490	+21	134	77,5
Frankfurt (Oder)	1533	+7	89	31,2	Spree-Neiße	5825	+3	169 (+3)	46,6
Havelland	4354	+30	158	52,8	Teltow-Fläming	4973	+70	168	101,2
Märkisch-Oderland	4962	+45	228 (+1)	62,8	Uckermark	2838	+12	141 (+1)	34,5
Oberhavel	6073	+81	219	119,3	Brandenburg gesamt	80.082	+637	3143 (+15)	77,9
Oberspreewald-Lausitz	5733	+40	244 (+3)	168,2	davon genesen: 72.952; aktiv Kranke: ca. 3.987; in Brandenburg ersteinimpft: 181.390 (Zweitimpfung: 80.468) in Kliniken: 321, davon beatmet: 70				* pro 100.000 Einwohner